

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Republik. 1918-1930
36 (1922)**

123 (29.5.1922)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-454162](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-454162)

Die „Republik“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Abonnementspreis für einen Monat 24.25 Mark, bzw. 2.75 Mark Semestral, bei Abholen von der Expedition 25.00 Mark, durch die Post bezogen vierteljährlich 81.00 Mark, monatlich 27.00 Mark einschließlich Postgebühren.

Republik

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg und Ostfriesland

Hauptexpedition: Deisterstraße 76, fernsprecher Nr. 58
Rüstringen, Montag, 29. Mai 1922 * Nr. 123
Redaktion: Deisterstraße 76, fernsprecher Nr. 58

Klärung in Berlin.

Einmütigkeit in der Auffassung. - Keine Konzessionskrisis. - Die Unabhängigen für Beilegung des Konflikts. - Zwischenfall Helfferich - Breitscheid. - Heute Uebergabe der Antwort.

Aus Berlin wird uns geschrieben:
Die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Reichsregierung sind soweit behoben, daß eine Konzessionskrisis ausgeschlossen scheint und Dr. Brüch weiter in der Lage ist, die Leitung der Reichspolitik fortzuführen. Die Basis, auf der die Einigung erfolgte, heißt Fortführung der Pariser Verhandlungen. Sowohl die Reichsregierung, wie auch die Parteiführer, sind sich darüber klar, daß diese Basis neue, vielleicht große Gefahren für die Zukunft in sich birgt. Solange jedoch die Pariser Verhandlungen nicht zu einem gewissen Abschluß gebracht sind, biete es Zeit verloren, über diese Gefahren zu reden. Sie werden sich aus dem kommenden Gang der Verhandlungen über die Reparationsfrage von selbst ergeben.

Nachdem die einseitige Auffassung im Reichskabinett wieder zutage gekommen ist, konnte die Antwort an die Reparationskommission erfolgen. Noch im Laufe des Sonntags ist diese Antwort durch Brüch nach Paris überbracht worden, um am heutigen Montag durch die Weisheit der Reparationskommission übergeben zu werden. Der Inhalt beruht auf bekannter Braburn-Formel, mit anderen Worten, die Reichsregierung erklärt sich gewissermaßen mit den vorläufigen Abmachungen, die Hermes in Paris über die Steuern getroffen hat, einverstanden.

Vor der Antwort nach Paris übermittelt wurde, beschaltete sich am Sonnabend der Auswärtige Ausschuss mit den Reparationsverhandlungen. Trotz schwerer Bedenken stimmten die Führer der Koalitionsparteien den vorläufigen Abmachungen der Reparationskommission zu. Die Unabhängigen, während Crispian als Vertreter der Unabhängigen eine Forderung von bestimmten Zusicherungen der Regierung abhängig machte. Die Unabhängigen wünschten, daß eventuell neu aufzunehmende Steuern nicht auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung erhoben werden und daß auch in Zukunft der Wirtschaftstag nicht angesetzt wird. Wir halten entsprechende Zusicherungen der Regierung für selbstverständlich, so daß sich zurzeit eine weitere Erörterung der unabhängigen Bedingungen, die auch die unjungen sind, erübrigt. Mit der Beilegung der Reparationsangelegenheit im Auswärtigen Ausschuss ist die Angelegenheit für das Parlament vorläufig erledigt. Im Plenum des Reichstages wird eine Erörterung der vorläufigen Abmachungen in Paris und der inzwischen übergebenen Antwort nicht mehr erfolgen. Anscheinend ist jedoch, daß die Rechtsparteien jetzt eine äußerst starke Opposition gegen die Regierung treiben werden. Hierfür sprechen neben den Ausführungen der deutschnationalen Presse die Warnrufe, die von volksparteilicher Seite veröffentlicht werden und die sicherlich Herrn Weiser, dem Finanzpolitiker der Volkspartei, und Hugo Stinnes nicht fernhalten. Auch im Auswärtigen Ausschuss hatten Weiser wie Stinnes ihre scharfe Mißbilligung über die Pariser Verhandlungen ausgesprochen.

Im Reichstag wird allgemein erzählt, daß es in der Sonnabend-Sitzung des Auswärtigen Ausschusses mehrfach zu erregten Szenen kam, an denen besonders wieder Helfferich beteiligt war. Als der Unabhängige Dr. Breitscheid Helfferich bei seinen Ausführungen durch Zwischenrufe unterbrach, glaubte der vergangene feierliche Minister Breitscheid D'heiligen anbieten zu müssen.

Der Auswärtige Ausschuss trat am Sonntag morgen um 10 Uhr zur Beratung der Ergebnisse von Genau zusammen. Reichsminister des Innern Dr. Rathenau erklärte eingehend Bericht. Um 11 Uhr erschien auch der Reichskanzler im Ausschuss.

Vor dem 31. Mai.

Wie Wolff aus London meldet, soll zwischen dem britischen Auswärtigen Amt und Poincaré in den letzten Tagen ein sehr wichtiger Meinungsäustausch stattgefunden haben. Er soll das Ergebnis gehabt haben, daß Poincaré zugestimmt hat, auf die Ersetzung irgendwelcher Sanktionen gegen Deutschland für die Beilegung des Ruhrgebietes vorläufig zu verzichten. „An den alliierten Regierungen der Reparationskommission und des Alliierten-Komitees Zeit zu geben, zu einem Abkommen über das Reparationsproblem zu gelangen. (Eine ähnliche Vereinbarung mit anderen wie bereits am Sonnabend. Red.)

Die Amerikaner im Rheinland.

Aus Paris meldet Wolff: Der amerikanische General Gortard, der von einer Inspektionsreise zur amerikanischen Besatzung aus dem Rheinland nach Paris zurückgekehrt ist, erklärte, daß er nicht annehme, daß die dem gegenwärtigen Stande der öffentlichen Meinungen in Amerika irgendwelche Truppen über den 1. Juli hinaus im besetzten Rheingebiet zurückgelassen werden.

Vor der mitteldeutschen Ausstellung.

Aus Magdeburg meldet heute Wolff: Reichspräsident Ebert hat zu der am 1. Juli stattfindenden Eröffnung der mitteldeutschen Ausstellung Magdeburgs sein Erscheinen zugesagt. - Der Kaiser hätte bei folgendem Mitspiel: Die „Täglich e Rundschau“ läßt sich von ihrem Württemberg-Korrespondenten folgende Notiz drucken:

„Eine Württemberg-Delegation der Nationalsozialistischen Partei sollte eine Entschädigung, in der die Forderung erhoben wird, daß der Besuch des Reichspräsidenten in Württemberg unterbleibe solle, daß die Wechselt der bayerischen Bevölkerung diesen Besuch als eine unangeordnete Provokation empfinden müßte, die den schriftlichen Protest und die schriftlichen Entschuldigungsbedingungen hervorgerufen hätten.“

Dazu bemerkt die „Berliner Volks-Zeitung“: Hat Herr Ebert sich dieser Entschädigung aus dem Zweckgefühl keinen besonderen Eindruck machen. Sondern der Entschädigung überhaupt nicht nach Württemberg zu reisen, schon seit der Württemberg-Delegation die Täter sind noch immer nicht gefastet! bei ihm selbsten dürfte.

Unsympige Gerüchte.

Eine bürgerliche Kampfbewegung verbreitet über angeblich zuverlässiger Quelle die Nachricht, zwischen englischen Verfehlungen und einigen führenden Rheinländern seien Verhandlungen geführt worden über die Gründung einer rheinischen Rhein-republik auf 15 Jahre unter englischer Schutzherrschaft. Die Gründung solle aus rein nationalen Beweggründen erfolgen, um die französischen Bestrebungen am Rhein zu durchkreuzen. Nach Führer der letzten Gewerkschaften, der bürgerlichen Parteien und die Reichsregierung seien über diese Verhandlungen unterrichtet und mit ihnen einverstanden. Der Sozialdemokratische Parlamentarismus kann diese Werbung, soweit sie sich auf die freien Gewerkschaften bezieht, als vollkommen erfinden bezeichnen. Weder die freien Gewerkschaften, noch die Sozialdemokratie sind jemals zu solchen Verhandlungen hingezogen worden. Um übrigen glaubt der Parlamentarismus sagen zu können, daß die Reichsregierung von diesen angeblichen Verhandlungen nicht das geringste weiß, wie vermutlich überhaupt die ganze Werbung in das Reich der Fabel zu verweisen ist.

Unterstützungsaktion für Kriegsbeschädigte

Der Reichstagsausschuß für Kriegsbeschädigtenangelegenheiten befaßte sich am Sonnabend mit dem Gesetzentwurf über die Steuererleichterungen für Militärenten. Ein Antrag, der fordert, daß mit Wirkung vom 1. Juli d. J. ab die Rente um 100 Prozent erhöht wird, wird nach Einverständnis der Regierung zurückgezogen. Beschädigte der ersten Klasse sind, wie bis zur erhaltenden Kriegszeit die Rentenangehörigen behandelt werden soll.

Neue Scharfmachereien in München.

(Ein Drahtbericht.) Die Abstimmung zur Beibehaltung des Reichsarbeiterrechts in Bayern hat folgendes Ergebnis: Von 378 abgegebenen Stimmen entschieden sich 295 für Annahme und 83 für Ablehnung des Verhandlungsabkommens. In Nürnberg, Augsburg und Würzburg wurde am Freitag die Arbeit wieder aufgenommen. In München wird nur in einzelnen Betrieben gearbeitet. Die Mehrzahl der Münchener Firmen, wie die Bayerischen Maschinenwerke, Bergmann-Werke, Westfalentrommelwerke, Süddeutsche Wagnerschiff, Krupp-Werke und weitere acht Betriebe weigern sich, den Betrieb wieder aufzunehmen. Die Firmen machen bei der Einstellung Schwierigkeiten und erkennen zum Teil den Arbeiterrecht und die Betriebsrechte nicht mehr an.

Dom preussischen Städtefag.

(Ein Drahtbericht aus Goslar.) Der Preussische Städtefag beendet am Sonnabend seine Beratungen. In dem Entwurf der preussischen Städteordnung lag eine ganze Anzahl von Änderungen vor, von denen die Kommunalen den Entwurf ablehnten. Die Unabhängigen wollten sich gegen die Einschränkung des Selbstverwaltungsrechtes der Städte und forderten ein einheitliches Verfassungsrecht für die Städte und die Landgemeinden. Die sozialdemokratische Fraktion sprach sich für eine Zusammenfassung der gesamten Gemeindeverfassungsrechte in Preußen und darüber hinaus für das ganze Reich aus. Nach kurzer Debatte, in der Oberbürgermeister Gensse Weiser-Dannover sich gegen die Einschränkung der Rechte der Räte und der Bürgermeister aussprach, wurden alle sozialdemokratischen und kommunalistischen Anträge abgelehnt. Anträgen wurden dagegen die Richtlinien der Referenten, die Entwürfe des Sozialrates und ein Antrag, der eine größere Selbstständigkeit der rheinischen Bürgerrenten und Stadträte fordert.

Reichshilfe für Versicherungsanstalten.

(Ein Berliner Drahtbericht.) Der Gesundheitsausschuß des Reichstages nahm am Sonnabend in der Beratung über die Erhebung für einige Lebensversicherungsanstalten den Antrag der Regierung an, wenn in einigen dringenden Fällen gewisse Versicherungsanstalten übernommen werden. Demut wurde, daß damit kein Präzedenz für die spätere allgemeine Regelung geschaffen werden soll, zu der eine Mitwirkung des Auslandes erforderlich sein wird.

Notverordnung für die Mieter.

(Ein Berliner Drahtbericht.) Der dem Reichstagsvorliegende Gesetzentwurf über den Mieterschutz, entgegen abendständigen Presseerwähnungen nicht vor der Sommerpause des Reichstages verabschiedet worden. Der bisherige Mieterschutz wird inzwischen durch eine Notverordnung aufrecht erhalten.

Die Arbeitszeit der Eisenbahner.

Die Verhandlungen über das Arbeitsgesetz der Eisenbahner wurden am Freitag zwischen den Organisations- und Gewerkschaften und dem Reichsverkehrsministerium fortgesetzt. Ein Ergebnis wurde nicht erzielt. Insbesondere konnte keine Einigung darüber erzielt werden, wie geübt werden soll, wenn über die schuldige Schichtzeit hinaus eine Verlängerung notwendig wird. Die Vertreter der Gewerkschaften fordern, daß die Arbeiterräte in diesem Falle hinzugezogen werden, während die Verwaltung das in Frage kommende Personal betragen möchte. Eine Unterformulierung soll versuchen, die noch bestehenden Differenzen betonen, und man hofft, nach vor dem 1. Juni zu einem Ergebnis zu kommen.

Der Pandjäger als Revolverheld.

In Wiesbaden in der Wahl vertrieben nach einer heutigen Selbst-Redeung auf einem Zanderplatz der Pandjäger Lippert, nachdem er mit mehreren Zeitgenossen an dem Vergangenen in Streit geraten war, einen Zimmermann und einen Schrankenwärter durch mehrere Schüsse auf einem Dienstreisenden tödlich. Er behauptet, in Notwehr gehandelt zu haben. Die Staatsanwaltschaft hat eine frange Untersuchung eingeleitet.

Regierungswahlen in Ungarn.

In Ungarn fanden jetzt die Wahlen zum Parlament statt. Aus Budapest wird gemeldet: Die gestern 10 Uhr abend waren 74 Abgeordnete der Regierungspartei und 6 der Opposition gewählt. In 18 Bezirken wird eine Stichwahl vorgenommen werden. Aus 43 Bezirken steht das Ergebnis noch aus.

Kommune-Gedenkfeier in Paris.

In Paris hat gestern die Gedenkfeier an die Kommune stattgefunden. Sozialisten, Kommunisten und Gewerkschaftler zogen mit Fahnen nach der Gedenkfeier, um das Gedenken der Toten, die an dieser verstarben, zu ehren. Es barnten keine Reden gehalten werden. Zwischenfälle sind nicht gemeldet.

Dor dem Moskauer Prozeß.

Aus Koffan wird berichtet: Die von der Justiz und der Wiener Internationalen entworfenen ausländischen Verleumdung der Sozialisten, n. a. Banderuche und Theodor Niehoff, sind in Koffan eingetroffen. Da die in der Presse und in Meetings betrübliche mahllose Dene Zwischenfälle bekräftigt ließ, wurde die Ordnung auf dem Bahnhof durch ein hartes Witzangebot aufrechterhalten. Bei der Abfahrt vom Bahnhof wurden die ausländischen Sozialisten von kommunistischen Anführern mit Blumen und Schimpfstrafen empfangen. Die empörten Verleumdung mit dem Satz der im Ausland weilenden russischen Sozialrevolutionäre haben ihre Reise nach Koffan aufgegeben, um die politischen Lebensschancen nicht noch härter zu entfalten.

Der Abtransport ehemaliger russischer Kriegs- und Zivilgefangener.

Zwischen dem Deutschen Reich und der Regierung der russischen Sowjetrepublik ist vereinbart worden, daß der Abtransport der nach in Deutschland befindlichen russischen Kriegsgefangenen, Zivilinternierten und Internierten der Roten Armee mit den von dem internationalen Roten Kreuz zur Verfügung gestellten Vagarettzügen nach bis zum 30. Juni d. J. fortgesetzt werden soll. Sammelstelle für die zur freiwilligen Rückkehr nach Rußland sich Meldenden ist nach Aufhebung des Lagers in Altkamm nunmehr das dort noch verbleibende Kriegsgefangenenlager Altkamm. Dortin dürfen inoffiziell nur solche Personen zugelassen werden, welche bereits im Besitz der Erlaubnis zur Einreise nach Rußland sind.

Da es im deutschen Interesse liegt, die in Betracht kommenden Russen möglichst zeitlos und so schnell als tunlich abzuführen, erlaube nach einer Mitteilung des amtlichen Preussischen Pressebüros der Minister des Innern, daß amtliche Preussische Behörden den nach über befindlichen ehemaligen russischen Kriegsgefangenen, Zivilinternierten und Internierten der Roten Armee, von der nach bis zum 30. Juni d. J. ergebenden Möglichkeit zur vollständigen Ausreise nach Rußland baldigst Kenntnis zu geben. Die Sozialabteilung der russischen Sowjetregierung in Berlin hat sich verpflichtet, allen ehemaligen russischen Kriegsgefangenen, Zivilinternierten und Internierten der Roten Armee, die nach Rußland heimzukehren wünschen und die sich an die Vertretung wenden, ohne weiteres die Erlaubnis zur Einreise zu erteilen. Diejenigen Personen, die sich im Besitz der Einreiseerlaubnis befinden, sind sofort unentgeltlich dem Kriegsgefangenenlager in Altkamm zum Abtransport auszuführen.

„Zweigdiktatur“

Nach dem Reichstage wird uns geschrieben: Der Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Geisteskrankheiten wird in der Presse lebhaft unternommen. Freunde und Gegner des Gesetzes bekämpfen sich stark. Die Mitglieder des bevölkerungspolitischen Ausschusses erhalten täglich ganze Stöße von Eingaben, die die Ablehnung dieser „Zweigdiktatur“ fordern. Besonders lebhaft äußern sich der Gegenstand zwischen approbierten Ärzten und Ratschülern. Der Gesetzentwurf will die Naturheilkundigen von der Behandlung Geisteskranker vollständig ausschließen. Dagegen laufen die Naturheilkundigen und die Naturheilvereine Sturm, so sie müssen, der Zahl der Eingaben nach zu schließen, erheblichen Anhang haben. Der Ausschuss hat beschlossen, auch einige nichtärztliche Ratschülern, als Sachverständige zu holen.

Die Tagung der deutschen Industrie.

Am 22. und 23. Mai tagte, wie schon berichtet, in Hamburg der Reichsverband der deutschen Industrie. Dieser wurde eine große Zahl von Reden gehalten, deren Hauptinhalt darin bestand, einen dringenden Aufruf zu tun, den Reichstag zu beschleunigen. Ganz unterschiedlich ist die Tagung wenig von anderen öffentlichen Versammlungen der großen Verbände. Das Programm war unauflöslich und bedeutete alle wichtigen Gegenstände, ohne wesentliche Ausnahmen zu bringen. Unter den Redatoren ist erwähnenswert ein Vortrag Dr. August Völkner, der seine Wünsche über die Auslandsreise wiederholt und von dem großen Erfolg zu freuen das russische Volk zu den deutschen Wirtschaftsbeziehungen zu berichten mußte, aber auch warnte, daß bei der Wiederannäherung von Geschäfts mit Russland baldiger Gewinn zu erwarten sei.

Der Bankier Max Warburg warnte mit Recht angelehnt der Geldknappheit vor überhöhter Gründertätigkeit und verlangte, man müsse alles daranlegen, lebensfähigen Unternehmen über die schwierigen Zeiten hinwegzuhelfen. Seine Rede hing an in dem Punkte, die deutsche Jugendindustrie mit der geplanten internationalen Anleihe in Zusammenhang zu bringen.

Wenig wurde zum Thema der Gewerkschaften gesagt, ein Thema, das einstmals auch unter Industriellen noch „modern“ war, als man die zusammengefaßte Kraft der Arbeiterschaft fürchten mußte. Diesmal fand Geh. Rat Vögler bei der Verhandlung der Konferenz von Genua spöttische Worte über den Einfluß der Demokratie auf die Weltwirtschaft. „Diese Herrschaft der Einzelnen, die wir aber jetzt die herrschende Führungsmethode, die dem Schicksal der Völker anzuwenden.“ Diese Worte haben nicht nur einen tiefen Eindruck auf die Industriellen, sondern auch auf die Arbeiter. Sie sind oft gegen die Arbeiter, weil sie ihnen das alle Veranlassung geben. Sind es nicht gerade die amerikanischen Reichstagsmitglieder des Reichsverbandes gewesen, die die unerschöpfliche Arbeitskraft der Weltwirtschaft offen halten, an deren Überwindung die Freiheit jetzt arbeitet?

Eine interessante Aussprache zwischen Industrie und Handelsvertretern gab es bei dem Referat des Direktors Hans Krämer. Zum Schluss der Vorträge sagte er, wie schwer, so fast unmöglich sei. Die Höhe des Freihandels dürfen wir nicht erst erleben, bevor wir nicht den freien Boden festerer Regulation wieder unter den Füßen haben. Die Verarmung Europas und die Verletzung der Weltwirtschaft verhängen, daß in einem Reichstagsreferat der Reichstagsjahr 1914 wieder erreicht wird. Aber mit Optimismus ist nicht anzunehmen, es muß ein Ausgleich geschaffen werden. Gegen seine Nebenredungen Dr. Krämer, die auf mangelndes Entgegenkommen insbesondere des Hamburger Handels gegenüber der Industrie hinwies, erwiderte ein Vertreter der Hamburger Handelskammer, der Handel werde gern die Industrie als seine Schwester anerkennen, erwarde aber von ihr nicht die gleiche Liebe. „Nur sei es möglich, so daß die Industrie zu höheren Verträgen, zum Beispiel bei der Außenhandelsstelle. Die Industrie werde sich aber heftigst überlegen lassen, daß ein guter Außenhandelsvertrag nur durch den Handel möglich sei.“

Aus dem Referat Industrie und Verkehr von Robert Blohm ist hervorgegangen, daß dieser das Eisenbahndefizit an der Wurzel gepackt wissen wollte, ohne jedoch zu verstehen, wie man das machen könnte. Der Ueberblick der Reichsbahnen in einer gemeinschaftlichen Betriebsverwaltung. Das ist um so interessanter, als die Industrie nun fast ihre gesamten Hoffnungen auf den Erfolg der Reichsbahnen setzt. Die Reichsbahnen werden nicht nur ein gemeinschaftliches Unternehmen sein, sondern auch ein gemeinschaftliches Unternehmen sein. Die Reichsbahnen werden nicht nur ein gemeinschaftliches Unternehmen sein, sondern auch ein gemeinschaftliches Unternehmen sein.

sofortigen Unfallversicherung zu der Höhe der wirtlich geschätzten Löhne in immaßer dem gleichen Verhältnis stehen solle wie in der gewerkschaftlichen Unfallversicherung.

Nach längerer Debatte wurde beschlossen, daß die Zulage zu einer Verleihenrente (sondern auch geändert wird, wenn die Rente 80% oder mehr Prozent der Rente beträgt. Einleitend angemerkt wurde, daß die Zulage zum Reichsversicherungsamt des Reichstages von 25 Mitgliedern, die in Art. 1 Ziffer 2 festzusetzenden Geldbeträge anderweit festsetzen kann. Es folgte die Beratung eines Gesetzesentwurfes über teilweise Umgestaltung der Unfallversicherung. Angenommen wurde ein Entwurf des Unfallversicherungsgesetzes, der die Versicherungsgrenze von 3000 auf 100 000 RM. heraufsetzt unter entsprechender Herabsetzung der Beiträgeklassen und Beiträge. Ferner soll grundsätzlich das Rentenverfahren eingeführt werden.

Aus dem Reichstag.

Der Reichstag begann seine Sitzung am Sonnabend mit der Beratung der Gesetze über Verwendung von Warsteingeldern und über die Kürzung der Ruhegehälter und Warsteingelder bei solchen Verordnungsbeschlüssen, die ein Einkommen aus geminderter Beschäftigung außerhalb des Reichs- oder Staatsdienstes betreffen (Pensionsrückstellungen). Beide Gesetze sind dem Willen der Sozialisten entsprungen und sollen ferner einer angemessenen Herabsetzung ein Ende machen. Die Warsteingelder sollen vermindert werden, jedoch nur im Reichsdienst zu übernehmen, sofern ihnen die auszubehaltende Tätigkeit unter Berücksichtigung ihrer Fähigkeiten zugemutet werden kann. Ferner sollen solchen Pensionsempfängern die Einkünfte aus Arbeitsentlohnungen an der Pension gekürzt werden, die über 60 000 Mark hinausgehen. Man hätte meinen sollen, daß diese Gesetze gerade bei den Reichsparteien Beachtung finden würden, die am meisten auf ihre Pensionen stolz sind. In der Reichstagssitzung haben die Reichsparteien und Deutsche Volkspartei beider aber heftige Reden gegen diese Gesetze. Für die Sozialdemokratie sprachen Gohr, Stauden und Steinbock, die erklärten, das Reich könne bei seiner jetzigen Finanzlage nicht solchen Beamten, die arbeitsfähig seien, Zulagen überflüssiger Art machen. Von dem Gesetzen werden unter und militäre Beamte so gut wie überhaupt nicht betroffen. Wenn die Sozialisten für Arbeitsentlohnungen auf ihre Pensionen zurechnen lassen müssen, dann kann von pensionierten Beamten daselbst verlangen, zumal das Arbeitsentlohnungen bis zu 60 000 Mark unbefristet bleibt. Die Gesetze wurden mit Mehrheit angenommen, jedoch ist zweifelhaft, ob es sich nicht um verfassungswidrige Gesetze handelt. In diesem Fall ist Zweidrittelmehrheit notwendig, und an dieser Mehrheit fehlte eine Stimme.

Angenommen wurde ein Gesetzesentwurf, der eine höhere Entlohnung der Schiffs- und Seemannsbeamten ermöglicht und diese Entlohnung den Einzelgehältern anpaßt. Es folgte dann die Abstimmung über zahlreiche Entlohnungen zum Reichshaushaltung. Mehrere davon betrafen die Regelung der Getreidewirtschaft. Alle Entlohnungen dazu wurden abgelehnt, so daß die Regierung freie Hand behält. Ein Gesetzesentwurf über die Getreideverwaltung befindet sich in der Ausarbeitung.

Politische Rundschau.

Einkommenssteuer. Der Zentralverband der Angestellten hat an das Reichsfinanzministerium eine Eingabe geschickt, in der er betont, daß durch die fortgesetzte Erhöhung der Einkommenssteuer die Lebenshaltung der Arbeiterklasse immer mehr zu Grunde gehen wird. In dieser Eingabe wird der allen Dingen gefordert, daß die Steuer für den Prozentigen Steuerbetrag von 50 000 auf 100 000 Mark erhöht wird. Des weiteren wird eine sozial gerechtere Staffelung der Einkommenssteuer zum Einkommenssteuerentwurf verlangt. Weiter schlägt der Zentralverband vor, die Steuerfreien Beträge für den Steuerpflichtigen sowie für die Verheirateten zu vergrößern. — Abschluß der Eingabe ist dem Reichstage zur Stellungnahme zugegangen.

Deutsch-österreichische Wünsche. Der Wiener Männergesangsverein hat an den Reichspräsidenten das nachstehende Telegramm geschickt: „Der Reichstag des Reiches gedankt mit Begeisterung und Dankbarkeit der herrlichen Aufnahme und hofft mit Zuversicht auf Berücksichtigung des deutschen Wunsches der Wiener Männergesangsverein.“

Die Ausbreitung der Brangal-Flügel. Wie Unit. Tel. aus Sofia meldet, ist es während der letzten Stunden im Lande den Kommunisten gelungen, etwa hundert Offiziere der ehemaligen Armee-Brangal über die Grenze nach Rumänien zu vertrieben. Diese Offiziere verlangen jetzt, nach Bulgarien zurückkehren zu dürfen, was die bulgarische Regierung jedoch verweigert. Auch die Entlohnung der Brangal-Flügel ist von den bulgarischen Kommunisten ohne Zustimmung der bulgarischen Behörden unzulässig durchgeführt worden.

Politische Notizen. Die Hamburg-America-Linie feiert ihr 75jähriges Bestehen; der Reichspräsident sandte ein Glückwunschtelegramm. — Der deutsche Vertreter in Moskau, Geheimrat Wiedenfeld, ist in Berlin eingetroffen. Auch Krastiv weißt seit gestern in Berlin. — Gegen den jüdischen Anpaß nach in den kommenden Wochen der erste Prozeß verhandelt werden. Das Gericht wird sich nicht mit den politischen Forderungen.

sondern mit den Verhandlungen verbunden. Das Wahrgenommen der politischen Forderungen soll nach den Gerichtsverfahren in Verhandlung kommen. — Die geistigen Berliner Arbeiterbewegungen, die in 600 Gemeindefunkeln und Mittelschulen Berlin stattfinden, sind bei einer Volksabstimmung von etwa 60 Prozent ohne Zweifeln zu verlassen.

Aus dem Lande.

Sonne, Theaterabend. Der Theaterverein „Hilfsverein“ Sonntagsabende am Sonntag den 27. Mai in Soltau. Der Verein hat einen Theaterabend, welcher gut besucht war. Die Aufführung gelangte das beliebte Stück „Die Fische vom Ozean“ auf die Bühne. Die Aufführung wurde mit feinem feinen Hof-Reden charakterisiert, es war sehr gut gelungen zu bringen. Der Verein hat diesen Anforderungen des Publikums nicht gewachsen. Aber trotzdem haben sich die Spieler die größte Mühe, den Anforderungen gerecht zu werden. Am besten wurde der Fische gespielt. Obwohl mer einige Fische und Gestalt zu. Im letzten Akt in Verlegenheit vordringender zur Stelle kam, damit die Verhältnisse nach gut, zusammenkommen. Die Ausstattung war den Verhältnissen nach gut, zusammenkommen. Die Ausstattung war den Verhältnissen nach gut, zusammenkommen. Die Ausstattung war den Verhältnissen nach gut, zusammenkommen.

Freier, Deutschvolkliche Regieren. Unter Gesellschaftern in den deutschvolklichen Regieren und Arbeitervereinen gründet sich ein Club der Jahre 1914. Dieser Club hat die Aufgabe, die Arbeiterbewegung zu stärken und die Arbeiter zu unterstützen. Der Club hat die Aufgabe, die Arbeiterbewegung zu stärken und die Arbeiter zu unterstützen. Der Club hat die Aufgabe, die Arbeiterbewegung zu stärken und die Arbeiter zu unterstützen.

Wiederholte, Republik! Wegen der unzureichenden Unterstützung der Republik am Montag den 22. wurde der Reichstag am Mittwoch, haben wir uns an die Volksgesamtheit und hoffen, daß Abhilfe erfolgt. Das gleiche gilt auch für die Arbeiterbewegung.

Freiheit, August-Ökonomie. Die Arbeit aufgenommen hat, ist es am Sonntag wieder zum Stillstand gekommen. Ein Teil der Arbeit mehrerer, ein Teil ist entlassen worden.

Wiederholte, Genossenschaftswesen. Hier plant man die Gründung einer landwirtschaftlichen Genossenschaft und Arbeitervereine, wie solche bereits in Gohr und Soltau bestehen.

Wardenburg. Ein Opfer des Badens. Das Baden im Quakenbrunn, ein junger Mann, wurde am Sonntag in der Nähe von Quakenbrunn ertrunken. Ein 17jähriger junger Mann, der an der Gohr-Classe in Delmenhorst wohnt, ist im Jahre 1914 ertrunken und fand seinen Tod in dem ihm unbekanntem Gewässer.

Delmenhorst, Eisenbahn. Beim Baden ertrunken ist ein jugendlicher Arbeiter, der in der Gohr-Classe in Delmenhorst wohnt, ist im Jahre 1914 ertrunken und fand seinen Tod in dem ihm unbekanntem Gewässer.

Wiederholte, Eisenbahn. Beim Baden ertrunken ist ein jugendlicher Arbeiter, der in der Gohr-Classe in Delmenhorst wohnt, ist im Jahre 1914 ertrunken und fand seinen Tod in dem ihm unbekanntem Gewässer.

Jugendfragen im Preußenparlament.

Am Sonnabend behandelte der Preussische Landtag die zweite Lesung des Wohlfruchtgesetzes. In der Hauptsache waren es Frauen, die zu den Fragen der Jugendfürsorge sprachen. Hinter der scheinbaren Einigkeit der Fraktionen in der Stellung zu diesen Fragen verborgen sich viele Gegensätze, deren klare Darstellung vielleicht besser wäre. Am Freitag hatte unsere Genossin Wied bereits die Gegenstände in Bezug auf den Wohlfruchtgesetzungsplan angeregt. Wenn sich am Sonnabend die Frauen vom Zentrum und von der Deutschnationalen Partei für die erneuerte Eingangsfrage der Frauen zur Jugendfürsorge einsetzten, so beruht man unwillkürlich darauf, daß die „höheren Töchter“, die von Berlin der Plebeier wählen, im Lande vielfach noch den geritzten Frauen vorgezogen werden, die aus dem Arbeiterstande gekommen sind. Frau Grottelmann von den Unabhängigen Partei hielt am Sonnabend über die Gegenstände in Bezug auf die Jugend in den Jugendfragen behandelte. Diese Fälle von Wohlfrucht in den ersten Jahren und Arbeiterstand bei Düsseldorf wiesen die Minderheit ihrer Beschuldigungen. Der Regierungsvizepräsident bestätigte, daß Jünglinge in den Scheinwerfer gelassen werden und glaubte entschuldigend sagen zu müssen, daß in einem Falle nicht zureichend die fünfjährige Wohlfrucht, sondern nur zwei bis vier über die zulässige Wohlfrucht von zehn Beschuldigungen wurden. Die Plebeier sind, wie man weiß, wenig es ist, die Arbeiterfamilien durch Wohlfrucht, die sich zusammenfassen aus Vertretern der Bevölkerung, kontrollieren zu lassen. Die Regelung dieser Frage bleibt dem kommenden Jugendwohlfruchtgesetz vorbehalten. Von den Rednerinnen der bürgerlichen Parteien war es leider nur die demokratische Abgeordnete Frau Lönnhoff, die unsere Forderung auf Abschaffung der Wohlfrucht unterstützte. Die Forderungen des Kommunisten Grottelmann gegen den unzureichenden Kapitalismus wiesen trotz der Zustimmung, mit der sie ausgenommen wurden, nicht gerade sehr überzeugend waren, so wie auch seinen Freunden nur zwei im Saale anwesend waren, um ihn zu unterstützen. Nach Erledigung der Wohlfruchtdebatte wurden die Verhandlungen auf Dienstag den 13. Juni verlegt.

Sozialpolitische Fragen im Reichstag.

Der Reichstagsausschuß für Sozialpolitik befaßt sich am Sonnabend mit dem Gesetzentwurf über die Erhöhung der Zulagen der Unfallversicherung. Nach dem Entwurf würden vom 1. Juli 1922 ab die Zulagen eines Arbeiters, der seine Erwerbsfähigkeit durch einen Unfall verlor, von 1200 auf 1800 Mark, die Zulagen einer rentenberechtigten Witwe von 900 auf 1350 Mark betragen. Die Zulagen solcher Berechtigten, deren Rente nach dem durchschnittlichen Jahresverdienst eines landwirtschaftlichen Arbeiters festgesetzt ist, ließe sich nach Ansicht der Reichsregierung eine Erhöhung nicht rechtfertigen. Auf diesem Gebiete seien teilweise die Zulagen so gering, daß die Zulagen von den Unfallversicherung die Leistungen gewöhnlich höher übersteigen werden. Ein Vorschlag erhielt der Reichstag den Vorschlag der Erwerbslosen an Rente und Zulage zusammen zwei Drittel von 8100 Mark gleich 5400 Mark. Die Höhe der über 21 Jahre alten männlichen Arbeiter liegen über in Süddeutschland vielfach geringer als 5400 Mark. Für weibliche Arbeiter über 21 Jahre bewegen sie sich auch in Norddeutschland meist unter dieser Summe. Selbst unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die seit Anfang des Jahres 1922 empfindliche Minderung ihren Ausdruck in einer Erhöhung der durchschnittlichen Jahresverdienstes finden werde, ist eine Berücksichtigung des Jahresverdienstes für die Zulagen nicht zu vertreten, wenn nicht die Höhe der Zulagen in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung zu der Höhe der wirtlich geschätzten Löhne in immaßer dem gleichen Verhältnis stehen solle wie in der gewerkschaftlichen Unfallversicherung.

Mit einem Scherz in die Tiefen des Meeres.

Wie aus New York geschrieben wird, erzählen die Leute der dieser Tage eingelaufenen „Gloria“ von einem Scherz, den ein amerikanischer Dampfer mit dem finnischen Dampfer „Gloria“ gemacht hat. Es handelt sich um den norwegischen Dampfer „Gloria“. Die drahtlose Nachricht lautete: „Wir armen Seefahrer sind hier draußen in den schrecklichen Wetter, und dabei lag der Kapitän, daß es noch schlimmer wird.“ Die „Gloria“ und ein anderer amerikanischer Dampfer eilten sofort zur Hilfeleistung, obwohl das gerade mit hoher Geschwindigkeit voran; denn der Seezustand war unheimlich hoch; die Wogen reichten mit 13 Meter Höhe und 10 Meter Breite hoher. Gegen Mittag war bereits der zweite Dampfer drahtlos auf der „Gloria“ an: „Nachen jetzt Proviant klar in den Booten. Sieht fast aus, als rüdten wir zu einer kleinen Vergnügungsfahrt.“ Anfolge des hohen Seeganges kam die „Gloria“ nur mit acht Stundenkilometern vorwärts; aber sie verlor nicht gleichmäßig, mit drahtlosen Zeichen den Mut der See vorwärts auszuhalten. Nach 1 Uhr kam der dritte Dampfer drahtlos von der „Gloria“ an: „Wir sind mit Wintern. Das ist nicht möglich unter Wasser. Wichtige Geschäfte im Hinterland. Wohl!“ Erst gegen 4 Uhr langte die „Gloria“ an der bezeichneten Stelle an; von der „Gloria“ nur noch ein Wort dröhend. Von der Fregatte fehlte leider jede Spur. Aber die jungen norwegischen Telegraphisten überlegte Worte klangen noch in der Luft...

Die Trägheit des Herrn Bürgermeister.

Bestimmte Zustände müssen in der an der sozialpolitischen Gegen gelegenen Stadt Frankfurt betreffen, wie eine Eingabe der dortigen sozialdemokratischen Arbeitervereine an den Reichspräsidenten zeigt. Die Eingabe lautet: „Denn hat der Bürger in Herr von Frankfurt, Dr. Laue, bei seiner Wiederwahl sich durch Ehrenamt verpflichtet müssen, daß er auch wirklich arbeiten würde. Der Herr hat auch einwilligen müssen, daß eine Kommission ernannt wurde, die darüber zu wachen sollte, daß der Herr Bürgermeister sein Wort innehielt. Aber diese Kommission hat nicht gemacht, sondern hat den Bürger verlangt die Amtsenthebung des Herrn Dr. Laue, weil er trotz Ehrenamt und Amtsenthebung nach seiner Wiederwahl sich unmöglich gezeigt hat.“

Eine ganze Familie erkrankt.

Aus Thann im Elz wird gemeldet: Ein jüdisches Familienmitglied hat sich erkrankt. Der Erkrankte hat seinen Kindern, einem Knaben im Alter von acht Jahren und fünfjährigen Mädchen, den Hals durchschnitten und hat selbst an der Verletzung erkrankt. Gestrichelte hatte die Tat in der Veranlassung aus folgendem Grund begangen. Frau Thann war erkrankt, eine Familienangehörige, die sich selbst selbst beging. Später hatte sie ihre Unschuld beweisen. Die Frau war über den angeblichen Tod ihres Mannes, der erkrankt war, mit seiner Familie nicht länger leben zu können.

Spritzmangel — 7 Millionen Mark Strafe.

In dem am Sonnabend in Hamburg behandelten Spritzmangelprozess wurden zehn Angeklagte zu Geldstrafen von ein bis achtzig Mark und insgesamt 7 000 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Ein Angeklagter wurde freigesprochen. Die gesamten Geldstrafen wurden zugunsten des Staates für verfallen erklärt.

46 Personen an Fleischvergiftung erkrankt.

In Eilsdorf (Circowien) sind nach dem Bericht von vierhundert hundert Personen an Fleischvergiftung erkrankt. Die Erkrankten sind 46 Personen, drei Frauen und ein Kind, sind aber an dem durch den Bericht des Reichsverbandes der Arbeitervereine getötet.

In Attentat mit faulen Eiern.

Der polnische Außenminister Strömung wurde bei seiner Reise nach Wien in der Halle seines Hotels von drei elegant gekleideten Personen mit faulen Eiern beworfen. Der Minister wurde dadurch vollkommen verunsichert. Wie die heraufgeholt hat, wurde es ihm von zwei Witzern, die die faulen Eiern auswarfen, die Absicht geäußert hatten, sondern nur die allgemeine Aufmerksamkeit auf Strömung haben lenken wollen.

Rüstringen.

Bei der letzten durch den Obermeister der Bäckerzunft...

- 1. bei dem Bäckermeister Wöhrmann... 2. bei dem Bäckermeister Gmiller... 3. bei dem Bäckermeister Gering...

Mit einem gewissen Mindestgewicht...

Rüstringen, den 29. Mai 1922.

Verdingung.

Die Umbauarbeiten im Pfarrsaal der Gemeinde...

Rüstringen, den 29. Mai 1922.

Landgemeinde Varel.

Der Beschluß des Gemeinderats vom 24. Mai...

Rüstringen, den 29. Mai 1922.

Zu verkaufen

2 Böttch. m. Hüll. 20 Liter... 1 elg. neuer Koch...

Zu kaufen gesucht

Kindertisch u. Stuhl... Kaufe dauernd...

Herrenanzüge

Damen- und Kinderanzüge...

Kramer,

aus- und Verkauf...

Gedr. Möbel

aus- und verkauft...

Einzeln. Möbel

aus- und verkauft...

Zumiet-gejudt

Wittener Mann 40 Jahre...

Stellungsangebot

Zwei Mädchen...

Wünscht auf sofort...

Landesbibliothek Oldenburg

Müller's Markthallen

Inh. Hermann Müller... Montag und Dienstag... Mehrere 1000 Pfund Eystruper Spargel

Günstige Gelegenheit zum Einmachen!

Da am 1. Juni wiederum eine 25% Frachterhöhung...

Gut und billig

kaufen Sie Ihren Schubedarf bei



Herm. Sieckmann

Schuhwarenhaus. Alleinverkauf der beliebten Salamanderstiefel für Rüstringen Wilhelmshaven.

Brot-Gewichte!

Aus der am Sonnabend erschienenen...

Konsum- und Sparverein für Rüstringen und Umgegend...

Technisch unmöglich ist es für den Bäcker...

das Brot muß 24 Stunden nach dem Backen...

gegebenenfalls ist ein entsprechendes Stück Brot...

Rüstringen, den 12. 1918.

Die Hoch-Ausfuhr-Sitzung...

Der Ausschuss.

Plakate in geschmackvoller Ausführung...

Paul Hug & Co., Rüstringen

Den Wunsch eines jeden Herrn...

Union, Deutsche Neuwäscherei

Grösste Fein- u. Hausstandswäscherei...

Abholen u. Liefern erfolgt durch eigene Gespanne

KARSTADT.

Wir suchen für unser im Herbst neu zu eröffnendes Warenhaus...

Einfäufer (innen) u. Abteilungsleiter (innen)

- Baumwollwaren, Kleider- und Seidenstoffe, Bänder, Schürzen und Korsetts, Kurzwaren, Spitzen, Beläge, Modewaren...

lerner: 1 Buchdrucker, 1 Bildhauer, 1 Schneider...

der Schauspieler modern und zugkräftig dekorierten kann.

Damen und Herren, je nach Art der Abteilung...

Hamburg Mein Bremer

Versicherungsbüro befindet sich nunmehr Kronenstrasse Nr. 4 I

J. Margot Nachf. J. Wagnapfahl

Eröffnung der Strandlust am Donnerstag, den 1. Juni

Wir sind von der Gewerbeschauleitung...

Reklame

möglichkeiten

beauftragt worden. - Wir bitten unsere geehrte Kundschaft...

Werbehauus Welge.

Pfingsatngebot

Schlemmkroide 1. à Pfund 1.00 Mk.

Sichellheim à Pfund 8.00 Mk

Tonndelther Hof

Großer Saal.

Montag, Dienstag und Mittwoch

Der Gelger von Lugano

Hauschule Rastede

Wo speiße ich?

Rut im Münchener Bürgerbräu

Rauhau für Herrengarderoben

Spezial-Geschäft für elegante Herrenbekleidung!

Herren Anzüge

Herren Schläpfer

Herren Cutaways - Hozen

Herren flets das Neueste!

Herren Eleganter Stg. - In Bearbeitung.

Herren Anfertigung nach Maß

Herren Heinr. Frese

Marktstraße 37.

Freie Volksbühne der Jadeküste.

„Kosmopolit“, Schauspiel von J. B. I.

Freie Volksbühne der Jadeküste.

Gewerbebesuch.

Die Ausführung der Zimmerer, Tischler...

Freie Volksbühne der Jadeküste.

Freie Volksbühne der Jadeküste.

Freie Volksbühne der Jadeküste.

Freie Volksbühne der Jadeküste.

Freie Volksbühne der Jadeküste.

Freie Volksbühne der Jadeküste.

Freie Volksbühne der Jadeküste.

Freie Volksbühne der Jadeküste.

Freie Volksbühne der Jadeküste.

Freie Volksbühne der Jadeküste.

Freie Volksbühne der Jadeküste.

Freie Volksbühne der Jadeküste.

Freie Volksbühne der Jadeküste.

Freie Volksbühne der Jadeküste.

Freie Volksbühne der Jadeküste.

Freie Volksbühne der Jadeküste.